



Virtuelle Woche für Kohleregionen im Wandel

Mittwoch, 1. Juli 2020 (10:30 – 12:00 Uhr)

Ein neuer EU-Rahmen: Was bedeutet dies für Kohle-, Torf- und Ölschieferregionen?

Tag eins der Virtuellen Woche für Kohleregionen wurde vom stellvertretenden Generaldirektor der GD Energie Klaus-Dieter Borchardt eröffnet. In seiner Eröffnungsrede verwies Herr Borchardt auf die zahlreichen Maßnahmen seitens der Europäischen Kommission für einen Übergang zu einer grünen Wirtschaft und begrüßte die beiden Hauptredner Ditte Juul-Jørgensen und MdEP Jerzy Buzek.

Einführungsvorträge

Die Redner waren:

- **Ditte Juul-Jørgensen**, Generaldirektorin, GD ENER
- **Jerzy Buzek**, MdEP, Europäisches Parlament, Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

Frau Juul-Jørgensen betonte, dass angesichts der Erholungsphase nach COVID-19 jetzt der geeignete Zeitpunkt für die virtuelle Woche sei. Sie hob die Widerstandsfähigkeit des europäischen Energiesektors während der Pandemie hervor, der trotz der Schließung einiger Bergwerke und der Erkrankung oder Entlassung vieler Arbeiter eine kontinuierliche Versorgung sicherstellte. Nach einer Reihe wichtiger Notfallmaßnahmen, die von der Europäischen Kommission zur Bewältigung der akuten Krise ergriffen wurden, ist es nun Zeit, mit dem größten Aufbauplan in der Geschichte der EU, „Next Generation EU“, die langfristige Erholung der europäischen Volkswirtschaften und Gesellschaften zu unterstützen. Dieser Plan wird auf die anhaltende Klimakrise ausgerichtet sein, indem er einen ökologischen Wiederaufbau fördert. Durch die verschiedenen erörterten Instrumente werden Kohleregionen und CO₂-intensive Regionen eine beispiellose finanzielle und beratende Unterstützung erhalten. Dennoch müssen diese bald verfügbaren Mittel rasch mit entsprechenden Projektideen zusammengebracht werden, die den Erholungsprozess beschleunigen und eine langfristige Veränderung der Energiesysteme der Regionen bewirken.

Als Nächstes erklärte MdEP Jerzy Buzek, eine zentrale Figur der Initiative für Kohleregionen im Wandel, mehrere wesentliche Grundsätze eines gerechten Übergangs, bei dem keine Region zurückgelassen wird:

1. Mittel des Fonds für einen gerechten Übergang sollten den am stärksten betroffenen Regionen bereitgestellt und dort für Maßnahmen zur wirtschaftlichen Diversifizierung, Entwicklung neuer Geschäftsmöglichkeiten und Lieferketten, Weiter- und Neuqualifizierung und ökologischen Revitalisierung eingesetzt werden. Die Plattform für einen gerechten Übergang sollte auf den bisherigen Erfolgen der Initiative für Kohleregionen im Wandel aufbauen.

2. Weitere Mittel der anderen Säulen des Mechanismus für einen gerechten Übergang und der EU-Programme sollten allen Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt werden und einen umfassenderen Rahmen für Investitionsmöglichkeiten bilden, die Privatkapital und andere Finanzierungsinstrumente umfassen.
3. Die Vorteile der Klimaneutralität 2050 müssen den Bürgern bereits jetzt dargelegt werden. Der Ausstieg sollte als eine unmittelbare Lösung für die Probleme der Luftverschmutzung und Energiearmut dargestellt werden, während Investitionen in erneuerbare Energien zukünftige Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen werden.
4. Gebietsspezifische Pläne für einen gerechten Übergang sollten auf Diskussionen beruhen, an denen alle wichtigen lokalen und regionalen Interessenträger beteiligt sind.

Vorträge und Befragung

Die Redner waren:

- **Klaus-Dieter Borchardt**, Stellvertretender Generaldirektor, GD ENER
- **Nicola de Michelis**, Direktor, Intelligentes und nachhaltiges Wachstum und Programmdurchführung IV, GD REGIO
- **Mikołaj Dowgielewicz**, Direktor mit Generalvollmacht und ständiger Vertreter der EIB bei den Institutionen der EU
- **Charlotte Ruhe**, Leitende Direktorin für Mittel- und Südosteuropa, EBWE

Herr Borchardt informierte über den weiter gefassten, allgemeinen politischen Rahmen rund um die Agenda für einen gerechten Übergang: der europäischen Grünen Deal und seine Leitprinzipien, die maßgeblichen Kommissionsmitglieder und unterstützende Initiativen (Mechanismus für einen gerechten Übergang, Renovierungswelle, neues Klimagesetz, europäischer Klimapakt usw.). Anschließend sprach er über die Verpflichtungen, die Mitgliedstaaten in ihren nationalen Energie- und Klimaplänen (NEKP) bisher eingegangen sind; viele Länder sehen dabei einen endgültigen Kohleausstieg bis 2030 vor. Darüber hinaus hob Herr Borchardt die Fortschritte hervor, die bislang im Rahmen der Initiative für Kohleregionen im Wandel erreicht worden sind. Diese Initiative wird nun Teil der am Montag gestarteten Plattform für einen gerechten Übergang sein. Während für die 14 Mitgliedstaaten, die sich bereits an der Initiative beteiligen, keine wesentlichen Veränderungen erfolgen werden, wird die Arbeit ausgeweitet, um von Torf und Ölschiefer abhängige Mitgliedstaaten (Irland, Finnland und Estland) zu unterstützen.

Im ersten Teil seines Vortrags ging Nicola de Michelis darauf ein, inwiefern die Plattform für einen gerechten Übergang einen kohärenten Rahmen für

technische Hilfe und Beratung bieten und als zentrale Anlaufstelle und Helpdesk für Kohleregionen und CO₂-intensive Regionen dienen wird. Die Plattform wird alle wichtigen und aktualisierten Informationen und Finanzierungsmöglichkeiten für interessierte Behörden bereitstellen und eine Projekt- und Expertendatenbank umfassen. Technische Unterstützung wird von der GD REFORM geleistet, sodass sichergestellt wird, dass alle Regionen Projektpipelines aufbauen können, um die verfügbaren Mittel zu absorbieren.

Anschließend wurden die Teilnehmer der Sitzung gebeten, zwei Fragen zu beantworten:

1. Über welche EU-Initiativen/-Instrumente würden Sie bei zukünftigen Veranstaltungen gerne informiert werden?
 - a. Mehr Informationen über den Fonds für einen gerechten Übergang/ Mechanismus für einen gerechten Übergang (55 %)
 - b. Aufbauplan (33 %)
 - c. Neue Wasserstoffstrategie (29 %)
 - d. Neue Industriestrategie (28 %)
2. Welche Auswirkungen hatte die COVID-19-Krise auf den Wandel in Ihrer Region?
 - e. Unterbrechung oder Einstellung von neuen Projekten für saubere Energie (19 %)
 - f. Verlust von Arbeitsplätzen im Kohle-/ Energiesektor (15 %)
 - g. Vorübergehende Schließung von Kohlebergwerken (9 %)
 - *Ein großer Teil der Teilnehmer antwortete nicht, da die Auswirkungen der Pandemie noch nicht eindeutig eingeschätzt werden können.*

Abschließend betonte Nicola de Michelis noch einmal, dass Kohleregionen und CO₂-intensive Regionen ausreichend finanzielle Unterstützung von der Europäischen Kommission erhalten werden. Er verwies auf den Fonds für einen gerechten Übergang, der im Gegensatz zu vielen anderen EU-Fonds kein sektorbezogener Fonds, sondern ein weiter gefasstes Instrument zur Förderung von Projekten im wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Bereich sein wird. Die gebietsspezifischen Pläne für einen gerechten Übergang werden als hauptsächlicher Anschlusspunkt für die Ressourcen dienen und ihre Entwicklung sollte trotz derzeit fehlender Übereinkunft über den MFR und damit verbundener Regelungen bald beginnen.

Im dritten Vortrag legte Mikołaj Dowgiewiczyk von der EIB die Anstrengungen dar, welche die Bank unternommen

hat, um Klimaneutralität zu erreichen, und erwähnte dabei den Fahrplan für die Klimabank, die Gemeinsame Hilfe bei der Unterstützung von Projekten in europäischen Regionen (JASPERS), das Europäische Finanzierungsinstrument für nachhaltige Energieprojekte von Städten und Regionen (ELENA), das Unterstützungsinstrument für städtische Investitionen (URBIS) und die InvestEU-Beratungsplattform. Er bekräftigte, dass alle Finanzierungstätigkeiten der EIB auf das Übereinkommen von Paris abgestimmt sind und beschrieb Investitionen in die Energiewende als einen Eckpfeiler der Finanzierungspolitik der EIB im Energiesektor. Außerdem untermauerte Herr Dowgiewiczyk die volle Unterstützung für die Agenda der Europäischen Kommission für einen gerechten Übergang, insbesondere für die drei Säulen des Mechanismus für einen gerechten Übergang.

Charlotte Ruhe vervollständigte schließlich die Gruppe der Redner und präsentierte die finanzielle Unterstützung der EBWE für den Übergang. Frau Ruhe betonte, dass der gerechte Übergang nicht nur in Europa entscheidend ist, sondern auch in Nachbarländern (Westbalkanländer, Ukraine und Zentralasien), in denen die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen noch immer sehr groß ist. Ausgehend von den umfassenden Erfahrungen mit Projekten in den Bereichen Energie, regionale wirtschaftliche Entwicklung und Sozialpolitik brachte Frau Ruhe zum Ausdruck, dass die EBWE beabsichtigt, im Rahmen aller drei Säulen des Mechanismus für einen gerechten Übergang mit den EU-Partnern zusammenzuarbeiten und Behörden der EU-Nachbarschaft strategische Unterstützung zu bieten, zum Beispiel durch die Einrichtung eines Sekretariats für einen gerechten Übergang für die Westbalkanländer und die Ukraine.

Fragen und Antworten

In der Fragerunde stellte Herr Borchardt heraus, dass einige Regionen, die bereits alle Bergwerke und Kraftwerke geschlossen haben, jedoch noch immer grundlegende wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformationsprozesse durchlaufen (z. B. Teilregionen von Niederschlesien in Polen) immer noch vom Fonds für einen gerechten Übergang profitieren können. Außerdem werden große Kohleunternehmen (bei dieser Frage, in der Slowakei) weiterhin für eine Förderung durch den Fonds für einen gerechten Übergang in Frage kommen. Die Mittel werden jedoch nicht für die von dem Unternehmen zu zahlende finanzielle Entschädigung (Vorruhestandsausgleich) genutzt, sondern in Bezug auf die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Schließung (Neuqualifizierung der Arbeiter, wirtschaftliche Umstrukturierung). Lokale Eigenverantwortung ist für das Erreichen guter Ergebnisse durch den Fonds für einen gerechten Übergang ganz entscheidend. Diese wird, soweit möglich, durch die Nutzung lokaler Absorptionskapazitäten gefördert.

Herr Borchardt beendete seine Ausführungen mit einigen

abschließenden Bemerkungen zur Rolle von Erdgas. Da der Vorschlag für die Verordnung über den Fonds für einen gerechten Übergang derzeit im Europäischen Parlament und im Europäischen Rat erörtert wird, berät man immer noch über die bedingte Einbeziehung bzw. den Ausschluss von Erdgas beim Fonds für einen gerechten Übergang oder bei den Kohäsionsfonds. Dies wurde von MdEP Buzek bestätigt, der darauf hinwies, dass der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments dafür stimmte, für Kohleregionen, die in Erdgas investieren wollen, einige entsprechende Bedingungen zu lockern – nicht als eine langfristige, sondern als eine mittelfristige Lösung zur Überbrückung der Lücke bis zu einem Wandel zu erneuerbaren und vollständig sauberen Energien.

Abschluss

Herr Borchartd beendete die Sitzung und dankte allen Hauptrednern und anderen Rednern für ihre Bemühungen. Außerdem sprach er über seinen bevorstehenden Ruhestand, der bedingt, dass er seine direkte Mitarbeit bei der Initiative für Kohleregionen im Wandel im Oktober 2020 einstellen wird.

Autoren

Erstellt von Adrián Lauer und Zoe Rasbash basierend auf den Aufzeichnungen der Berichterstatte(r)innen Cristiana Marchitelli, Veronika Müller und Adrienne Kotler.

Die Redner wurden hinsichtlich des Inhalts dieses Berichts nicht hinzugezogen.

Dieser Bericht ist inhaltlich nicht vollständig; der vollständige Inhalt ist über die Streaming-Aufzeichnungen der Sitzungen verfügbar, die online abgerufen werden können.

Donnerstag, 2. Juli 2020 (10:30 - 12:00 Uhr)

Das Potenzial für saubere Energie in Kohleregionen im Wandel

Tag zwei der Virtuellen Woche für Kohleregionen wurde von Andrzej Błachowicz vom Sekretariat der Initiative für Kohleregionen im Wandel eröffnet.

Es folgte eine Einführung von Katherine Poseidon, Politische Analystin bei BloombergNEF, zu Investitionen in den Aufbau und Wandel der Kohleregionen in Europa. Bei der Modellierung wurde ein politisch-agnostischer, an den geringsten Kosten orientierter Ansatz angewandt, bei dem weder ehrgeizigere Klimaziele noch eine EHS-Reform berücksichtigt werden. Frau Poseidon beschrieb, wie die einheimische Kohleproduktion im Vergleich zu den Jahren 2018-2019 in den ersten Monaten 2020 zurückgegangen ist und wie die geringere Nachfrage aufgrund der Pandemie bereits bestehende Tendenzen lediglich verstärkt hat; sie verwies in diesem Zusammenhang auf erhöhte Preise, die der Konkurrenz durch grenzkostenfreie erneuerbare Energien ausgesetzt sind. Abschließend beschrieb Frau Poseidon die ehrgeizigen europäischen Ziele, den Aufbauplan, den Grünen Deal und die Unterstützung für einen gerechten Übergang als Triebkräfte, die Möglichkeiten für Kohleregionen schaffen.

Präsentation der Studie zum Potenzial erneuerbarer Energiequellen in Kohleregionen („RES Potential in Coal Regions“)

Redner:

- **Zoi Kapetaki**, Projektleiterin, Wissensmanagement, Fossile Stromerzeugung im Wandel, JRC - Petten
- **Pablo Ruiz-Castello**, Projektleiter, Wissensmanagement, Analyst für Energieszenarien, JRC - Petten

Frau Kapetaki und Herr Ruiz-Castello stellten gemeinsam die Studie [„Clean energy technologies in coal regions: opportunities for jobs and growth“](#) (Technologien für saubere Energie in Kohleregionen: Chancen für Beschäftigung und Wachstum) vor. Im Rahmen dieser Studie werden die Möglichkeiten zur Nutzung des Potenzials erneuerbarer Energien in Kohleregionen, die verfügbaren Optionen und die bereits bestehenden Beispiele früherer Kohlebergwerke, die zur Solar- und Windenergieerzeugung umgewandelt wurden, sowie damit verbundene Möglichkeiten zur Schaffung von Arbeitsplätzen untersucht. Das vor dem Ausbruch von COVID-19 veröffentlichte Modell ist mit seinem Fokus auf Aufbau,

Schaffung von Arbeitsplätzen und dem Grünen Deal in einem neuen politischen Kontext nun noch bedeutender.

Online-Fragebogen im Voraus des Forums

F1: Denken Sie, dass es Europa gelingen wird, die COVID-Krise zu nutzen, um den Übergang zu sauberer Energie wirklich voranzubringen?

36 % waren nicht sicher

F2: Worin sehen Sie die größte Hürde für die vollständige Umsetzung des Übergangs zu grüner Energie in der Zeit nach COVID?

35 % Nationale politische Maßnahmen/Strategien. Weitere Hürden: Mentalität, Lobbying und systemische Schwerfälligkeit. 9 % Europäische politische Maßnahmen/Strategien

F3: Wie ist im Moment Ihr Gefühl hinsichtlich Europas Übergang zu sauberer Energie?

41 % haben nicht geantwortet. 41 % der anderen Teilnehmer war hoffnungsvoll, nur 1 % war sicher, 8 % waren irritiert, 8 % besorgt, nur 2 % enttäuscht. Insgesamt zeigt sich eine Bereitschaft, Veränderungen zu diskutieren und umzusetzen.

Gesprächsrunde zur Politik und Branchengespräch zum ökologischen Wiederaufbau

Die Teilnehmer des Podiums waren:

- **Andrzej Błachowicz** – Sekretariat der Plattform für CRIT, Moderator
- **Michaela Holl**, Politische Analystin, Politik in den Bereichen erneuerbare Energien und Kohlenstoffabscheidung und -speicherung (CSS), GD ENER
- **Viktoriya Kerelska**, Leiterin des Bereichs Interessenvertretung und Messaging, WindEurope
- **Naomi Chevillard**, Politische Beraterin, SolarPower Europe
- **Katherine Poseidon**, Politische Analystin, Bloomberg New Energy Finance

Herr Błachowicz stellte Frau Holl von der GD ENER folgende Frage: „Die Menschen sind von den verschiedenen Gesetzesvorschlägen überwältigt. Welche sind die drei wichtigsten Maßnahmen im Bereich der erneuerbaren Energien in den nächsten zwölf Monaten zur Unterstützung des ökologischen Wiederaufbaus?“

Frau Holl antwortete, dass die GD ENER derzeit die Möglichkeit untersucht, das Energie- und Klimaziel für 2030 zu ändern, um bis 2030 die Treibhausgasemissionen

um 55 % zu reduzieren. Ehrgeizigere Zielsetzungen werden möglicherweise zu einer Änderung, speziell zu einer Steigerung bei den Zielen für erneuerbare Energien führen. Darüber hinaus wird das EU-Klimagesetz verhandelt, um das Ziel der Emissionsneutralität bis 2050 im EU-Recht zu verankern. Schließlich verwies sie auf die Ausführung des Aufbauplans der EU, bei dem allen Mitgliedstaaten, die dies brauchen, technische Hilfe und Unterstützung für nationale Aufbaupläne geleistet und die Kooperationen bei Projekten für erneuerbare Energien unter ihnen gefördert werden sollen. Frau Holl sprach über das Beispiel der Kooperation zwischen Portugal und den Niederlanden, bei der eine frühere Kohleregion in Portugal zur Errichtung einer umfassenden PV-Produktionsstätte genutzt wurde und der erzeugte Wasserstoff zum Hafen von Rotterdam überführt wird.

Da Wind- und Solarenergie oft zusammen genannt werden, wurden Frau Kerelska und Frau Chevillard gefragt, wie Wind- und Solartechnologien konkret zur europäischen Energiewende beitragen werden.

Frau Kerelska antwortete, dass die Windkraftindustrie und Kohleregionen im Wandel bereits zusammenarbeiten. Das Potenzial für Wind ist erheblich und das Kostenargument stützt den Weg hin zur erneuerbaren Elektrizität. Darüber hinaus werden lokale und wirtschaftliche Gewinne bereits während des Übergangs zur Windenergie erreicht. Sie verwies auf das Beispiel der Schaffung von Arbeitsplätzen in der polnischen Lieferkette für Offshore-Wind, wo 4000 Arbeitsstellen entstanden. Die Neuqualifizierung von Arbeitnehmern mithilfe ausreichender Finanzmittel wird ein entscheidender Faktor sein, der es ermöglicht, die Ziele des Mechanismus für einen gerechten Übergang zu erreichen; mit greifbaren Beispielen in Polen und Rumänien.

Frau Chevillard hob hervor, dass die Europäische Union bei Solarmodul- und Solarzelltechnologien eine Führungsposition innehat und dass auch hier die Kosten ein starkes Argument für Investitionen in das Potenzial von Kohleregionen sind. Der Fonds für einen gerechten Übergang wird bei Investitionen in Schulungsprogramme helfen, damit die entsprechenden Kompetenzen lokal verfügbar sind, da die Solarbranche ein Bereich ist, in dem sehr viele Arbeitskräfte gebraucht werden (1.100 pro TWh in der EU geschaffene Arbeitsplätze). Sie nannte das konkrete Beispiel eines Projekts in Polen, bei dem ein Unternehmen vorschlug, in einem früheren Kohlebergwerk in ein Solarprojekt zu investieren und im Rahmen des Projekts ehemalige Bergarbeiter zu beschäftigen.

Frau Poseidon äußerte sich zu den Vorteilen des Aufbaupakets für Kohleregionen und erklärte, dass der Impuls auf europäischer Ebene begrüßenswert ist, dass jedoch ohne einen innenpolitischen Rahmen und einen organisierten Übergangsplan Mittel eventuell nicht direkt dorthin fließen, wo sie am meisten gebraucht werden.

Es folgte eine Fragerunde.

Autoren

Erstellt von Adrián Lauer und Zoe Rasbash basierend auf den Aufzeichnungen der Berichterstatteerinnen Cristiana Marchitelli, Veronika Müller und Adrienne Kotler.

Die Redner wurden hinsichtlich des Inhalts dieses Berichts nicht hinzugezogen.

Dieser Bericht ist inhaltlich nicht vollständig; der vollständige Inhalt ist über die Streaming-Aufzeichnungen der Sitzungen verfügbar, die online abgerufen werden können.

Freitag, 3. Juli 2020 (10:30 – 12:00 Uhr)

Regionaler Wandel in Zeiten der Ungewissheit: Perspektiven und Einblicke von Kohle- und Torfregionen

Tag drei der Virtuellen Woche für Kohleregionen wurde von Carlo Della Libera vom Sekretariat der Initiative für Kohleregionen im Wandel eröffnet. Im Anschluss gaben Maria Yetano Roche und Paul Baker Einblicke zu den Hilfsinstrumenten und der Unterstützung, die von dem Sekretariat bereitgestellt werden. Schließlich wurden in einer informativen Podiumsdiskussion mit Vertretern von vier Regionen, die sich an der technischen Hilfe des Sekretariats für Regionen im Wandel (Secretariat's Technical Assistance to Regions in Transition – START) beteiligen, verschiedene Perspektiven aufgezeigt, wie sichergestellt werden kann, dass der Übergang angemessen unterstützt wird und gerecht verläuft.

Vorstellung der Tätigkeiten des Sekretariats

Die Redner waren:

- **Maria Yetano Roche** – Sekretariat der Plattform für Kohleregionen im Wandel
- **Paul Baker** – Sekretariat der Plattform für Kohleregionen im Wandel

Frau Yetano Roche sprach über die Hilfsmaterialien, die über die Initiative für Kohleregionen im Wandel zur Verfügung stehen. Die Hilfsmaterialien umfassen zwölf Fallstudien (zwei weitere werden bald veröffentlicht) und vier Toolkits (und zwei weitere werden folgen), die alle [hier](#) abgerufen werden können. Die Toolkits dienen als Leitfäden und sind als Ganzes zu betrachten, wobei in jedem Toolkit ein spezifischer Schwerpunkt auf einem bestimmten Aspekt des Übergangs liegt.

Herr Baker informierte anschließend über die Tätigkeiten im Rahmen der technischen Hilfe des Sekretariats (START). Es wurden sieben Regionen aus ganz Europa ausgewählt, die sowohl in ländlichen als auch in städtischen Gebieten liegen, vor verschiedenen lokalen Problemen stehen, eine unterschiedliche Übergangsgeschwindigkeit aufweisen usw. Das Sekretariat arbeitet in mehreren Bereichen mit diesen Regionen zusammen. Die Hilfe variiert und wird für etwa 100 Tage pro Region geleistet. Sie ergänzt andere Unterstützungsleistungen von der EU oder der nationalen Regierung. Besuche vor Ort haben begonnen, Arbeitspläne werden entwickelt und die Hilfe wurde an neue Herausforderungen im Zusammenhang mit COVID-19 angepasst. Das Sekretariat arbeitet mit jeder

der Regionen zusammen, um regionale Profile zu erstellen, in denen die derzeitige Situation in Bezug auf den Wandel dargestellt wird. Es sind außerdem Dokumente verfügbar, die Informationen zu Einbindungsprozessen und zu neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten und Beispiele einer gemeinschaftsorientierten ländlichen Entwicklung liefern. Das Sekretariat hat zudem regionale Untersuchungen zu den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf regionaler Ebene durchgeführt.

Gesprächsrunde zu regionalen Übergängen in einer Zeit der Ungewissheit: Perspektiven und Einblicke

Die Teilnehmer des Podiums waren:

- **Robert Pollock** – Sekretariat der Plattform für CRIT, Moderator
- **Timon Wehnert** – Sekretariat der Plattform für CRIT
- **María Belarmina Díaz Aguado** – Generaldirektorin für Energie, Bergbau und Reaktivierung, Fürstentum Asturien, Spanien
- **Kieran Mulvey** – Kommissar für den gerechten Übergang, Irland
- **Jiří Štěřba** – Stellvertretender Beauftragter beim Regierungspräsidenten der Region Karlovy Vary für RE:START und Kohle-Plattform (CRIT), Tschechien

Herr Pollock verwies auf die weitreichenden Auswirkungen von COVID-19 auf Kohleregionen im Wandel. Er wies außerdem darauf hin, dass wir nicht einfach zum Business as usual zurückkehren können und forderte die Teilnehmer auf, das anzuwenden, was im Laufe der Woche dargelegt wurde, da wir vor einer neuen Normalität stehen. Dies sollte politische Abläufe und Entscheidungen umfassen, die zwischen Abteilungen und Regierungsebenen nahtloser sind und bei denen lokale Gemeinschaften auf eine wirklich kooperative Art und Weise eingebunden werden.

Frau Díaz Aguado stellte den Fall in Asturien (Spanien) vor, bei dem die Arbeit, die die Einbeziehung mehrerer Ebenen und verschiedener Interessenträger sowie lokaler Gemeinden umfasst, zu einer dauerhaften Partnerschaft gefestigt wird. Asturien wünscht sich, dass mit Unterstützung der Europäischen Kommission die Wiederholbarkeit des Wandels sichergestellt wird. Das Ziel für Kohleregionen im Wandel besteht darin, dass „man nie allein vorangeht“.

Herr Mulvey präsentierte den Fall in den Midlands (Irland), ein Torfabbaugebiet, bei dem die Schließung viel schneller als vorgesehen erfolgt und der Zeitplan für die Schließung von 2027 auf 2020 verlegt wurde. Er stellte einen strategischen Plan für die gesamten Midlands auf, der auf einer grenzüberschreitenden Arbeit zwischen Countys basiert, um Gebiete wirtschaftlicher Stärke außerhalb des Torfbaus zu ermitteln.

Herr Wehnert vom Wuppertal Institut fasste den derzeitigen Zustand der Ungewissheit (aufgrund der Pandemie) zusammen, der zu einem schnelleren Kohleausstieg als erwartet zu führen scheint. Zu den wenigen Gewissheiten derzeit gehört, dass der Kohleausstieg im Gang ist. Wir müssen darauf achten, dass unsere Reaktion auf die COVID-19-Krise nachhaltig ist und dabei den Fonds für einen gerechten Übergang nutzen, um kreative, zukunftsorientierte Projekte zu unterstützen, die lokal zu einem wirklichen Wandel führen.

Fragen und Antworten für die Gesprächsrunde

F1: Worauf sollte, als Reaktion auf die jüngsten Empfehlungen des Ausschusses der Regionen, bei der Unterstützung der Schwerpunkt gelegt werden? Auf spezifische Gebiete oder übergreifend auf verschiedene regionale Gebiete?

- Herr Mulvey: Torfmoore sind nicht auf einzelne Countys beschränkt, sondern erstrecken sich quer durch die Midlands. Daher wurde es als wichtig erachtet, die Zielregion auszuweiten. Das bedeutet, dass alle Gemeinden, die (direkt oder indirekt) von der Entscheidung, keinen Torf mehr abzubauen, betroffenen sind, berücksichtigt werden. Diese Arbeit kann sich in Irland auf nationaler Ebene zu einem Plan und Mechanismus für einen gerechten Übergang entwickeln.
- Frau Díaz Aguado: Bei dem Fonds für einen gerechten Übergang sollte man den Fokus auf die geschädigten Gebiete richten und Mittel in den Regionen konzentrieren, die sie bereits brauchen. Bestimmte Regionen werden besonders schwer und besonders früh betroffen sein, also müssen die Mittel dort geballt eingesetzt werden. Es kann dabei nicht um eine gleichmäßige, für alle gleiche Verteilung von Ressourcen gehen.
- Herr Wehnert: Ob die Unterstützung (geografisch) fokussiert erfolgen sollte, ist stark von der jeweiligen Region abhängig. Es sollte nicht nur genau die Gemeinde sein, in der sich das Kohlebergwerk befindet, da es Spillover-Effekte gibt.
- Herr Štěrba: Die Mittel sollten dem gesamten betroffenen Gebiet helfen, sie müssen aber konzentriert in den Städten oder auch Mikroregionen eingesetzt werden, die sicher am schwersten betroffen sein werden.

F2: Wie erreicht man ein Gleichgewicht zwischen den (oft) gegensätzlichen Ansichten von Gewerkschaften, Zivilgesellschaft, Industrie und Umweltschützern? Wir wissen, dass wir zusammenarbeiten müssen, doch es gibt oft Spannungen. Wie entwickeln wir in diesem Kontext ein auf Kooperation ausgerichtetes Modell?

- Herr Mulvey: Die, die am unmittelbarsten betroffen sind, müssen vorrangig berücksichtigt werden, zum Beispiel, wenn es um neue Ideen für den Übergang, Beschäftigung, Chancen usw. geht. In den Midlands reagierten die Einheimischen

positiv auf den Vorschlag, in der gesamten Region Koordinierungsstellen einzurichten und viele Interessenträger einzubeziehen, um neue Möglichkeiten zu schaffen. Da ist ein Gefühl, dass man zusammenarbeiten will. Die Einheimischen lehnen den Wandel nicht ab, sie möchten nur fair behandelt werden.

- Frau Díaz Aguado: Die Bergarbeiter wurden hauptsächlich durch einen sozialen Dialog eingebunden. In Asturien wurde unter dem Dach des nationalen Ministeriums ein Ausschuss geschaffen, dessen Aufgabe es war, die Auswirkungen des Wandels und potenzielle alternative Wege zu untersuchen. Dieser Ausschuss setzte sich aus höchst verschiedenen Gruppen zusammen, mit Vertretern der Regierung, der Industrie und Verbänden, Umweltschützern, Arbeitern usw. Ergebnis dieses Dialogs, der klar, transparent und partnerschaftlich gestaltet war, ist ein umfassendes Dokument, das nun weiterentwickelt wird.
- Herr Štěrba: In Tschechien wurden Anstrengungen unternommen, mit den Menschen zu kommunizieren, die am stärksten betroffen sein werden. Dies ist höchst kompliziert. Viele sind überrascht, wie schnell der Wandel vorstangeht, und tun, was sie können, um Pläne zu entwickeln und die Arbeiter, von denen viele seit Jahrzehnten in Bergwerken arbeiten, einzubeziehen.
- Herr Wehnert: Es ist wichtig, anzuerkennen, dass Akteure sehr unterschiedliche Sichtweisen haben können. Selbst innerhalb von Verbänden sind die Meinungen sehr heterogen – nicht alle Verbände teilen die gleiche Sichtweise und sprechen mit der gleichen Stimme. Es hilft, Arbeiter *sowohl* zu den Herausforderungen *als auch* zu den Möglichkeiten zu befragen. Alle diese Aspekte gelten auch für die Zivilgesellschaft und Umweltaktivisten. Sie sind verschieden und viele Umweltaktivisten zum Beispiel setzen sich auch stark für soziale Faktoren ein.

F3: Wie stellen wir beim Aufbau ein Gleichgewicht her zwischen der Anwendung dessen, was bisher funktioniert hat, und innovativeren und mutigeren, versuchsweise durchgeführten Lösungen?

- Frau Díaz Aguado: Wir müssen das gesamte Ökosystem rund um die Kohle angehen – einschließlich des Wissens, der Forschung, der Kultur usw. – und es in die Zukunft versetzen. Wir müssen herausfinden, welche Lösungen in der Zukunft praktikabel sind, und müssen bereit sein, Risiken einzugehen. Am wichtigsten ist es, sicherzustellen, dass wir, während wir voranschreiten, gesellschaftliche und wirtschaftliche Gefüge, die lokale Gemeinschaften zusammenhalten, bewahren können und sie nicht zu verlieren.
- Herr Wehnert: Es geht nicht einfach darum, Technologie A durch Technologie B zu ersetzen. Wir müssen die Dinge wie neue Geschäftsmodelle betrachten. Diese Perspektive hilft uns, kreativere Lösungen zu finden. Während der Pandemie haben wir gesehen, dass trotz der schweren Belastungen

neue Vorgehensweisen möglich wurden (z. B. politische Kooperation) und Dinge, von denen wir vorher nicht erwartet haben, dass sie eintreten würden.

- Herr Mulvey: Man muss Risiken eingehen. Die Torfgebiete sind eine solche außergewöhnliche natürliche Ressource, dass sie Chancen zur Entwicklung neuer Möglichkeiten in den Bereichen Naturschutz, Aquakultur, ökologischer Landbau usw. bieten. Für Arbeitnehmer, die bei dem Wandel ihre Arbeit verlieren werden, müssen Weiterbildungen und Umschulungen durchgeführt werden. Ihre Fähigkeiten dürfen nicht infolge eines innovativen Wandels verloren gehen.
- Herr Štěrba: Wir stehen vor einer großen Herausforderung. Wenn es darum geht, für die Zukunft zu planen, sollten wir realistisch bleiben und gleichzeitig Möglichkeiten sehen, mit neuen und sich schnell entwickelnden Technologien zu experimentieren. Doch in erster Linie müssen wir realistisch bleiben und an das Wohl der Regionen denken. Jeder Versuch kann nur einen zusätzlichen Nutzen bringen.

Zusammenfassend führte Herr Pollock aus, dass diese Diskussion uns gezeigt hat, dass wir Systemdenker sein können. Es ist wichtig, dass wir Anführer und nicht Opfer der Veränderung sind. Wir müssen sehr schnell diese Anführer der Veränderung werden.

Abschluss

Abschließend präsentierte Carlo Della Libera vom Sekretariat der Initiative für Kohleregionen im Wandel die nächsten geplanten Schritte: eine Online-Befragung zu den Meinungen über zukünftige Aktivitäten hinsichtlich der Formate von Arbeitsgruppensitzungen, die Kommunikationsmittel und die in der nächsten Versammlung zu behandelnden Themen. Die meisten Teilnehmer der Befragung stimmten für eine Mischung aus Veranstaltungen mit physischer Anwesenheit und virtuellen Veranstaltungen; eine hohe Erfolgsquote hatten Webinare (Newsletter und E-Mails folgten bei den Kommunikationsmitteln, die am meisten geschätzt werden). Größere Unterschiede gab es hinsichtlich der Themen, die für die nächste Sitzung von Interesse waren.

Diese intensive Woche begann mit dem Start der Plattform für einen gerechten Übergang. In schwierigen Zeiten kommen Gemeinschaften zusammen. Die Kohleregionen sind eine dieser Gemeinschaften und das Sekretariat ist da, um das Zusammenkommen vor dem Hintergrund globaler Herausforderungen zu unterstützen.

Autoren

Erstellt von Adrián Lauer und Zoe Rasbash basierend auf den Aufzeichnungen der Berichterstatteerinnen Cristiana Marchitelli, Veronika Müller und Adrienne Kotler.

Die Redner wurden hinsichtlich des Inhalts dieses Berichts nicht hinzugezogen.

Dieser Bericht ist inhaltlich nicht vollständig; der vollständige Inhalt ist über die Streaming-Aufzeichnungen der Sitzungen verfügbar, die online abgerufen werden können.

Initiative for coal regions in transition

The Initiative for coal regions in transition is an initiative by the European Commission.

➔ ec.europa.eu/coal-regions-in-transition

✉ secretariat@coalregions.eu

🐦 [twitter @Energy4Europe](https://twitter.com/Energy4Europe)

© European Union, 2020

For any use or reproduction of photos or other material that is not under the EU copyright, permission must be sought directly from the copyright holders.

Reuse is authorised provided the source is acknowledged.

The reuse policy of European Commission documents is regulated by Decision 2011/833/EU (OJ L 330, 14.12.2011, p. 39).

Neither the European Commission nor any person acting on behalf of the Commission is responsible of the use that might be made of the information in this document.

Disclaimer

This document has been prepared for the European Commission, however it reflects the views only of the authors, and the Commission cannot be held responsible for any use which may be made of the information contained therein.



European
Commission